

Brandenburg  
Mecklenburg-Vorpommern  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Thüringen

# OPK aktuell

Nr. 2 · 5. Jahrgang · November 2011

## Editorial



Dipl.-Päd.  
Johannes  
Weisang

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Kammerversammlung und Vorstand sind in die neue Legislaturperiode gestartet. Vor allem das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Versorgungsstrukturgesetz, welches am 1.1.2012 in Kraft treten soll, bewegt derzeit unsere Gemüter. Wie Sie sicherlich bereits den vielfältigen Publikationen über dieses Thema entnehmen konnten, geht es in diesem Gesetz unter anderem um eine Reformierung der Bedarfsplanung. Bedauerlicherweise findet die besondere Lage der Psychotherapie in Deutschland dabei keine Berücksichtigung. Vielfältige Aktionen der einzelnen Landespsychologenkammern, abgestimmt mit der Bundespsychologenkammer, versuchen nach wie vor zu bewirken, dass diesem Gesetzesmangel abgeholfen wird. Unsere Bemühungen waren dergestalt erfolgreich, dass sich viele Vertreter des Bundesrates unseren Forderungen angeschlossen haben. Zum aktuellen Zeitpunkt sieht es aber leider nicht danach aus, als ob die kritischen Anmerkungen des Bundesrates zu einer Veränderung der Position der Bundesregierung geführt hätten. Doch auch wenn unsere Kritik im aktuellen Gesetzesvorhaben keinerlei Widerhall finden würde, so wären die Aktionen doch nicht umsonst gewesen. Wir haben von vielen Bundestagsabgeordneten sehr positive Rückmeldungen erhalten und können davon ausgehen, dass unsere Anliegen und die besondere Position der Psychotherapie im Gesundheitswesen im Bewusstsein vieler Abgeordneter nun deutlicher repräsentiert sind. Ganz besonders möchten wir an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen danken, die zahlreiche persönliche Gespräche mit Abgeordneten geführt haben. Wir müssen aber feststellen, dass es auch im Jahre Zwölf nach Inkrafttreten des Psy-

chotherapeutengesetzes viel zu tun gibt, um die Berufsstände der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in den Köpfen der institutionellen Entscheidungsträger zu verankern. So finden sich beispielsweise in dem Leitfaden für Ärzte und Ärztinnen in Sachsen-Anhalt »Gewalt gegen Kinder und Jugendliche« oder auch in Dokumentationen von Kinderschutzkonferenzen viele Berufsgruppen bis hin zu Physiotherapeuten wieder; der Berufsstand der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten hingegen findet mit keinem Wort Erwähnung. Ähnliches gilt für den Bereich der sogenannten Frühen Hilfen. Auch hier sind wir im Bewusstsein der anderen Akteure häufig nicht vorhanden. Familienministerin Schröder spricht von uns als Psychologen. Sie kennt bedauerlicherweise nicht den Unterschied zwischen Diplom-Psychologen und Psychologischen Psychotherapeuten. Für den Bereich der angestellten Kolleginnen und Kollegen in Kliniken gilt, dass unsere Berufe in der Psychiatrie-Personalverordnung (Psych.-PV) nach wie vor überhaupt nicht auftauchen. Vor diesem Hintergrund gestaltet sich auch die Übernahme von Leitungspositionen schwierig. Die finanzielle Eingruppierung der KollegInnen in den Kliniken ist oftmals nicht nachvollziehbar und teilweise skandalös. Kompetenzen und Tätigkeitsfelder unserer beiden Berufe sind in häufig erschreckendem Ausmaß immer noch nicht hinreichend bekannt. Dies gilt für den Bereich der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie vermutlich noch etwas stärker als für den Erwachsenenbereich.

Vor dem eben skizzierten Hintergrund ist es dann vielleicht auch nicht allzu verwunderlich, dass die Bundesregierung dabei ist, ein Gesetz zu beschließen, welches zu einer massiven Verschlechterung der psychotherapeutischen Versorgung führen wird. Die Bedarfsplanung wird auf dem Stand von Ende 1998 eingefroren und kassenärztliche Sitze, die über die Bedarfsplanungsquote von 110% hinausgehen, können zukünftig von der regionalen

Kassenärztlichen Vereinigung beim Ausscheiden des Behandlers aus dem Versorgungssystem einfach aufgekauft werden. Die extrem schlechte Versorgung im ländlichen Bereich wird zementiert. Unsere Minimalforderung, den aktuell vorhandenen Status quo der psychotherapeutischen Versorgung als Bedarfsplanungsgrundlage zu nehmen, findet sich bisher leider nicht im Gesetz wieder. Von einer prospektiven morbiditätsorientierten Steuerung der Versorgung über Versorgungsziele, wie sie von der Bundespsychologenkammer im Einklang mit den Landespsychologenkammern gewünscht wird, können wir aktuell nur träumen. Und dies alles passiert auf der Basis einer Entwicklung, die mit zwei Zahlen hinreichend beschrieben ist: Seit 1990 hat sich die Zahl der Krankschreibungen aufgrund einer psychischen Erkrankung fast verdoppelt – gleichzeitig hat sich von 1993 bis 2009 der Anteil der psychischen Erkrankungen an den Berentungen wegen verminderter Erwerbsfähigkeit sogar mehr als verzweifacht. Psychische Erkrankungen sind also auch ein massives wirtschaftliches Problem geworden. Angesichts des Handelns der Bundesregierung fällt mir da nur das alte Bonmot ein: *Es staunt der Laie und der Fachmann wundert sich.*

Bei alledem wollen wir nicht vergessen, dass auch das Psychotherapeutengesetz einer dringenden Reformierung bedarf. Die in der Psychotherapeutenchaft konsentierten Vorschläge zu diesem Thema, basierend auf dem von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Forschungsgutachten, liegen dem Bundesgesundheitsministerium seit geraumer Zeit vor. Bisher ist leider nicht absehbar, wann dieses Projekt auf dem Schreibtisch des Bundesgesundheitsministers im Ablagestapel von unten nach oben wandern wird. Wir haben in den letzten zwölf Jahren seit Inkrafttreten des Psychotherapeutengesetzes viel für unsere beiden Berufsstände erreicht. Es gibt aber noch eine ganze Menge zu tun. Lassen Sie es uns gemeinsam anpacken.

Johannes Weisang

### Inhalt dieser Ausgabe

	Seite
Bericht zur 10. Kammerversammlung in Quedlinburg	2
Approbation bei Angestellten darf nicht wertlos sein	5
Rückmeldebogen für PP/KJP in Leitungsfunktionen von Krankenhäusern bzw. Kliniken	5
»Jungenfachtag« in Magdeburg · Psychotraumathepie	6
Neue Mitarbeiterin für die Geschäftsstelle der OPK · Terminankündigungen	8

## Bericht zur 10. Kammerversammlung in Quedlinburg

Vom 30. September bis 1. Oktober 2011 fand die 10. Kammerversammlung der OPK in Quedlinburg statt. Den Auftakt der zweitägigen Versammlung bildete das *Grußwort von Dr. Dr. Nehring, Abteilungsleiter für Gesundheit und Verbraucherschutz im Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt.*

### Grußwort Dr. Dr. Nehring

Dr. Dr. Nehring überbrachte der Kammerversammlung der OPK herzliche Grüße aus dem Sozialministerium und gratulierte zu den Wahlergebnissen im April 2011. Dr. Dr. Nehring, der selbst ein Psychologiestudium absolvierte und auch viele Jahre in der Selbstverwaltung arbeitete, freute sich über die Einladung nach Quedlinburg und über die Möglichkeit, in diesem Rahmen zu den Kammerversammlungsdelegierten sprechen zu können. Besonders Augenmerk legte er auf das derzeit stark diskutierte Versorgungstrukturgesetz. Gemeinsam mit den Ministerien der anderen Bundesländer beklagte das Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt den mangelnden Einbezug der Länder in die Entscheidungsfindung zur Gesetzgebung und fordert mehr Mitspracherecht. Gerade in der Regionalisierung und Flexibilisierung der Instrumente der Bedarfsplanung sieht Dr. Dr. Nehring nämlich einen entscheidenden Vorstoß in die richtige Richtung. Auch in der stärkeren Verzahnung des ambulanten und stationären Bereichs, die vor allem der Verbesserung der flächendeckenden Versorgung zu Gute kommen würde, sieht er Handlungs- und Verbesserungspotential. Das BGM, so Dr. Dr. Nehring, stehe dem jedoch nicht sehr offen gegenüber.

Zum Abschluss seines Grußwortes dankte Dr. Dr. Nehring der Präsidentin Andrea Mrazek für den regelmäßigen Austausch, der zwischen dem Ministerium und der OPK in den letzten 4 Jahren wachsen konnte. Des Weiteren dankte er dem Vorstand und der Geschäftsstelle der OPK dafür, dass die Übermittlung von wichtigen und teils kurzfristigen Informationen reibungslos ablaufe und somit die Voraussetzungen für eine weitere gute Zusammenarbeit gewährleistet sind.

Auf die Frage von Herrn Dietmar Schröder, ob bereits Gespräche mit dem Kultusministerium stattgefunden haben, die den Zugang zur Ausbildung betreffen, konnte Dr. Dr. Nehring keine eindeutige Antwort geben.



Dr. Dr. Nehring, Abteilungsleiter für Gesundheit und Verbraucherschutz im Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt

»Aus Sicht der Hochschulen ist es schon ein starkes Stück, Lehrangebote anzubieten, die nicht als Voraussetzung für eine weitere Qualifikation, z.B. zur Psychotherapieausbildung, dienen können«, betont Dr. Dr. Nehring. Dazu laufen aber derzeit Gespräche mit der Hochschule Magdeburg/Stendal. Gleichzeitig appellierte er auch an alle, die eine Ausbildung zum PP oder KJP anstreben, sich vor der Aufnahme eines Studiums über die weiterführenden Möglichkeiten, hauptsächlich aber über die Anerkennung des Abschlusses als Zugangskriterium zur Ausbildung zu erkundigen.

### Haushaltsjahr 2010

Herr Grötzsch, Steuerfachwirt in der Steuerberatungskanzlei BTK, erläuterte in Auszügen den Jahresabschlusses zum 31.12.2010 und konstatierte der OPK einen soliden Haushalt, der den gesetzlichen Vorschriften entspricht und in dem die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet wurden. Der Geschäftsführer Carsten Jacknau konnte hinzufügen, dass die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes durch die

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein zu keinen Einwänden geführt habe. Dieses Ergebnis konnte auch vom Finanzausschuss bestätigt werden. Die Vorsitzende des Ausschusses, Ragna Richter, konnte bestätigen, dass die Haushaltsführung satzungskonform erfolgte und dass der Vorstand sowie die Geschäftsstelle mit den Haushaltsmitteln 2010 ordnungsgemäß umgegangen seien und stellte den Antrag, den Kammervorstand für das Geschäftsjahr 2010 zu entlasten. **Beschluss der Kammerversammlung: Die Kammerversammlung hat den Vorstand mit 3 Stimmenthaltungen für das Haushaltsjahr 2010 entlastet.**

### Wichtiger Hinweis

Der **Prüfbericht zum Haushaltsjahr 2010** liegt ab dem 5. Dezember 2011 für vier Wochen in der Geschäftsstelle der OPK, Kickerlingsberg 16, 04105 Leipzig, zur Einsicht aus.

### Bericht des Vorstandes und der Geschäftsführung

#### Ostdeutscher Psychotherapeutentag

Vom 25. – 26. März 2011 fand im Deutschen Hygiene-Museum in Dresden der 1. Ostdeutsche Psychotherapeutentag statt, dessen zentrales Thema die Psychische Gesundheit war. Fast 500 Teilnehmer konnten in Dresden begrüßt werden und trugen maßgeblich zum Erfolg dieses ersten Ostdeutschen Psychotherapeutentages bei. Ein ausführlicher Bericht dazu erschien bereits in der Ausgabe 01-2011 des OPK aktuell. Die nun vorliegende Auswertung der Evaluationsbögen ergab, dass fast 75 % der Teilnehmer an einer weiteren Veranstaltung dieser Art, allerdings verbunden mit einem Ortswechsel, interessiert sind (siehe Übersicht). Daher ist vom 21. März – 22. März 2014 ein 2. Ostdeutscher Psychotherapeutentag in Leipzig geplant. Bitte merken Sie sich diesen Termin schon jetzt vor. Die Einladung sowie Vorankündigung wird Sie rechtzeitig erreichen.

### Versorgungsstrukturgesetz

Ein wichtiger Schwerpunkt der Vorstandsarbeit war und ist das geplante »Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (Versorgungsstrukturgesetz)«. Die Präsidentin Andrea Mrazek berichtete über die bis dahin gelaufenen Kampagnen der OPK, u.a. über die zahlreichen Versandaktionen an die Mitglieder des Bundestages, aber auch über die persönlichen Gespräche zwischen OPK-Mitgliedern und Abgeordneten, die viele Rückmeldungen der Abgeordneten und Fraktionen zur Folge hatten. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank für das Engagement und die Einsatzbereitschaft der tätigen OPK-Mitglieder. Frau Mrazek betonte, »für eine solch kleine Berufsgruppe ist das, was wir im Rahmen der Aktionen, die bereits gelaufen sind, geleistet haben, ein großer Erfolg«. Seit der Kammerversammlung konnte zusätzlich eine Pressekonferenz in Dresden zum Thema »Psychotherapie – wo gibt es noch freie Behandlungsplätze?« durchgeführt werden. Im daraus resultierenden Presseecho (siehe www.opk-info.de) wurden die Probleme der derzeitigen Unterversorgung und die langen Wartezeiten in der Psychotherapie in Radiobeiträgen und in den Printmedien aufgegriffen und konnten so öffentlichkeitswirksam platziert werden.

### Informationsveranstaltungen in den Ländern

Auch im Rahmen der diesjährigen Informationsveranstaltungen standen die derzeitige Versorgungslage sowie die Folgen der Einführung des Versorgungsstrukturgesetzes im Mittelpunkt. Neben einer Einführung zu den Hintergründen und dem Ist-Zustand der Bedarfsplanung, folgte eine Zusammenfassung zu den möglichen Folgen des Gesetzes, welches ab 1. 1. 2012 in Kraft treten soll. Vielen der anwesenden Teilnehmer wurde die Tragweite bewusst und es entwickelten sich daraus ausgiebige Diskussionen sowie differenzierte, aus dem Berufsstand »geborene« Lösungsvorschläge für die derzeitigen und zukünftigen Versorgungsprobleme. Die Mitglieder der OPK sind ausdrücklich dazu aufgefordert, sich an der Diskussion weiterhin zu betei-

ligen. Ein Formular ist für Sie auf unserer Homepage eingestellt, auf der sie auch die Präsentation zu den Informationsveranstaltungen finden. In jedem Bundesland konnten außerdem Vertreter der Sozialministerien begrüßt werden, die ein Grußwort an die Anwesenden richteten (siehe Übersicht).

### Änderung der Entschädigungsordnung

**Beschluss der Kammerversammlung: Die 10. Kammerversammlung beschloss mehrheitlich eine Änderung der Entschädigungsordnung zum 1.1.2012. Intention ist eine angemessene Entschädigung der Tätigkeit der Kammerversammlungsmitglieder und von Kammermitgliedern, die im Auftrag des Vorstandes tätig werden, unter Wahrung der Ehrenamtlichkeit.**

Die Änderung wurde von Vorstand, Finanzausschuss und Geschäftsstelle in langwieriger und intensiv geführter Diskussion unter Berücksichtigung haushaltspolitischer Gesichtspunkte erarbeitet. Weiterhin basiert die Änderung auf den Erfahrungen der ersten Legislaturperiode, nachdem die bisherige Entschädigungsordnung auf Hochrechnungen und Schätzungen des Errichtungsausschusses basierte.

Die aktuelle Entschädigungsordnung finden Sie als Beileger in diesem Heft.

### Haushalt 2012/ Beitrag 2012

Der Geschäftsführer der OPK, Herr Jacknau stellte den zwischen Vorstand und Finanzausschuss abgestimmten Entwurf des Haushaltsplanes 2012 vor und erläuterte die einzelnen Positionen. **Beschluss der Kammerversammlung: Der vorgelegte Entwurf des Haushaltsplanes 2012 wurde von den Kammerversammlungsdelegierten einstimmig angenommen. Der Antrag des Finanzausschusses, den Kammerbeitrag für 2012 unverändert in der bisherigen Höhe festzusetzen, wurde von den Delegierten der Kammerversammlung einstimmig angenommen.** Aufgrund der gegenwärtigen Entwicklung der Haushaltslage besteht für eine Erhöhung oder Absenkung der Beiträge kein Grund, argumentierte der Ausschuss.

### Wichtiger Hinweis

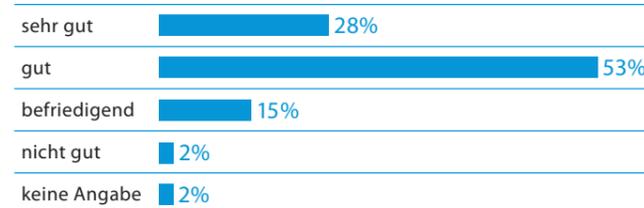
Damit **Anträge auf Beitragsminderung** für das Jahr 2012 bei der Erstellung der aktuellen Beitragsbescheide für 2012 noch berücksichtigt werden können, bitten wir Sie, Anträge auf Beitragsminderung für das Jahr 2012 möglichst bis zum 15.12.2011 in der Geschäftsstelle bei Frau Ahnicke, Mitglieder- und Beitragsverwaltung, einzureichen.



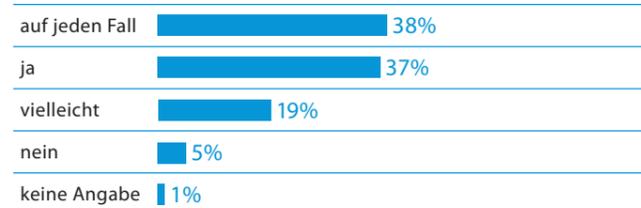
Die Delegierten der Kammerversammlung bei der Abstimmung

### Meinungen zum 1. Ostdeutschen Psychotherapeutentag

#### Welche Note geben Sie der Veranstaltung?



#### Würden Sie eine Folgeveranstaltung besuchen?



### Vertreter der Sozialministerien – Grußworte anlässlich der Informationsveranstaltungen

#### Mecklenburg-Vorpommern

**Dr. Michael Köpke**  
Referat Psychiatrie und Maßregelvollzug  
Ministerium für Soziales und Gesundheit  
Mecklenburg-Vorpommern

#### Brandenburg

**Frau Kathrin Küster**  
Referat Gesundheits- und Heilberufe  
Ministerium für Umwelt,  
Gesundheit und Verbraucherschutz des  
Landes Brandenburg

#### Sachsen

**Dr. Frank Bendas**  
Referat Recht des Gesundheitswesens,  
Gesundheitsberufe  
Sächsisches Staatsministerium für Soziales  
und Verbraucherschutz

#### Sachsen-Anhalt

**Frau Dr. Gabriele Theren**  
Referat Gesundheitsziele, Psychiatrie  
Ministerium für Arbeit und Soziales  
Sachsen-Anhalt

#### Thüringen

**Frau Christine Anding**  
Referat Gesundheitspolitik,  
Pharmaziewesen  
Thüringer Ministerium für Soziales,  
Familie und Gesundheit

### »Schmerzpsychotherapie – Gegenwart und Zukunft«, Vortrag Dr. Paul Nilges, DRK-Schmerz-Zentrum Mainz



Dr. Paul Nilges  
DRK Schmerz-  
Zentrum  
Mainz

Den Abschluss des ersten Sitzungstages bildete der Vortrag zur »Schmerzpsychotherapie – Gegenwart und Zukunft« von Dr. Paul Nilges, DRK Schmerz-Zentrum Mainz. Thema des überaus unterhaltsamen und interessanten Vortrages waren neben der Schmerzpsychotherapeutischen Tätigkeit u.a. die Frage nach zusätzlichem Wissen aus Medizin und anderen Fachgebieten, die berufspolitischen Aspekte, welche beruflichen Möglichkeiten sich im Rahmen der Schmerzpsychotherapie erschließen und welche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Moment bestehen. Den vollständigen Vortrag finden Sie auf unserer Homepage unter *Aktuelles*.

### Berichte aus den Gremien und Ausschüssen der OPK / BPTK

#### AG Forensik

Die Arbeitsgruppe Forensik der Psychotherapeutenkammern trifft sich am 24.11.2011 in der Geschäftsstelle der OPK in Leipzig, um sich über ihr weiteres Vorgehen abzustimmen. Nach erfolgreicher Erstellung des Mustercurriculums zur Sach-

verständigentätigkeit soll nun als neues Thema »Arbeit mit Straftätern« im Mittelpunkt der Beratungen stehen. Angedacht ist vorerst ein Austausch mit den Justizministerien der Länder.

#### Satzungsausschuss

Der Ausschuss wird sich in der 2. Legislaturperiode verstärkt mit dem Thema der Berufsethik auseinandersetzen. Innerhalb des Beschwerdemanagements auftretenden Sachverhalte sollen unter dem Blickwinkel der Berufsethik beleuchtet und daraus Themenschwerpunkte für den Ausschuss abgeleitet werden.

#### Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung

Neben der Prüfung und Bearbeitung von Anträgen auf Akkreditierung als Fortbildungsveranstalter, von Fortbildungsveranstaltungen (insgesamt wurden seit 2007 1820 Anträge bearbeitet) oder als SupervisorIn/OPK (184 Bescheide wurden bisher ausgestellt) übernimmt der Ausschuss wie gewohnt die Prüfung und Bearbeitung von Anträgen auf Erteilung des Fortbildungszertifikats (bis 2011 wurden 1148 Zertifikate ausgestellt).

#### Ausschuss für Qualitätssicherung

Die Qualitätssicherung ist eine der zentralen Aufgaben der Kammer. Der Ausschuss wird daher eine Übersicht zusammenstellen, welche Maßnahmen zur Qualitätssicherung im OPK-Gebiet vorliegen und strebt eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Schlichtungs- und Satzungsausschuss an.

#### Gemeinsamer Beirat mit den Ärztekammern

Der Gemeinsame Beirat der OPK mit den Ärztekammern ist in dieser Art der Einzige bundesweit. Ein so regelmäßiges Treffen ist keineswegs üblich, selbst unter den Landesärztekammern nicht. Daher ist es umso erfreulicher, dass zweimal im Jahr alle Vertreter der Kammern erscheinen, um gemeinsam wichtige Schnittstellen zu besprechen. Alle Beteiligten begrüßen es, in diesem Rahmen über z.B. eine gemeinsame Empfehlung zur Anerkennung von Supervisoren zu sprechen oder wich-

tige Informationen zum Versorgungsgesetz austauschen zu können. Am 3.9.2011 konnte sogar eine gemeinsame Fortbildungsveranstaltung der Sächsischen Landesärztekammer und der OPK zur »Qualitätssicherung in der Psychotherapie« mit großem Erfolg durchgeführt werden.

#### Ausschuss für Angelegenheiten der angestellten Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten

Der zur zweiten Legislaturperiode neu gebildete Ausschuss für die Angestellten im OPK-Gebiet hat nunmehr mit seiner Arbeit begonnen. Einen Artikel dazu finden Sie auf Seite 5 in diesem Heft.

#### Forschungsausschuss

Der Ausschuss wird die Auswertung der Daten zur psychotherapeutischen Versorgung im OPK-Gebiet fortführen. Ausführliche Artikel zu den bereits ausgewerteten Daten sind im PTJ 03-2010 (Länderseiten) sowie im allgemeinen Teil des PTJ 01-2011 veröffentlicht worden.

#### Ausschuss für besondere Belange der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie

Breiten Raum der Arbeit des Ausschusses nahm die Gestaltung eines Faltblattes als Erstinformation zum Beruf und Therapieangebot von Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten ein. Die Ausschussmitglieder suchten außerdem den Austausch zu Aktivitäten bzgl. des Kinderschutzes in den jeweiligen Ländern. Hier ist es nicht einfach, der kleinen Berufsgruppe ausreichend Gehör zu verschaffen. Es besteht die Gefahr, dass berufspolitisch wichtige Felder von anderen Gruppen rascher und effektiver besetzt werden.

#### Psychotherapie in Institutionen (BPTK)

Der länderübergreifende Ausschuss beschäftigt sich damit, die verschiedenen institutionellen Arbeitsfelder von Psychotherapeuten näher zu erfassen um so die spezifischen Themen- oder Problemfelder besser zu verdeutlichen und präzisieren zu können. Im Mittelpunkt steht dabei die Vernetzung der PTI-Ausschüsse der Landesammern.

## Approbation bei Angestellten darf nicht wertlos sein

### OPK-Ausschuss für Angelegenheiten der angestellten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten hat die Arbeit aufgenommen

Ein Drittel der OPK-Mitglieder arbeitet im Anstellungsverhältnis. Fünfundvierzig Prozent davon sind in Krankenhäusern, weitere 21 % in Rehabilitationskliniken beschäftigt. An der dritten Stelle stehen Beratungsstellen mit etwa 12 % der Angestellten. Die übrigen Anstellungsverhältnisse verteilen sich auf Ausbildungsstätten, Ambulanzen, Praxen, medizinische Versorgungszentren, Einrichtungen des Justizvollzugs und andere.

Krankenhäuser und Kliniken sind damit die wichtigsten Arbeitgeber für psychologische Psychotherapeuten (PP) bzw. Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJP). Um so problematischer ist es, dass die rechtliche Stellung von PP und KJP in stationären Behandlungseinrichtungen nach wie vor nicht definiert ist. Während im ambulanten Sektor eine Gleichstellung mit Fachärzten weitgehend realisiert ist, gibt es bisher keine klaren Regelungen, welche Aufgaben und welche Befugnisse approbierten PP und KJP übertragen werden können. Offene Fragen betreffen beispielsweise die Verantwortung für Behandlungsentscheidungen, die Leitung von Abteilungen, die Unterstellung unter Ärzte oder andere Berufsgruppen etc. Die Personalverordnung Psych-PV, Stellenbeschreibungen und Tarifverträge im Öffentlichen Dienst und bei vielen anderen Arbeitgebern regeln lediglich die Tätigkeit und Entlohnung von Psychologen bzw. Sozialarbeitern/Sozialpädagogen. Das seit fast dreizehn Jahren geltende Psychotherapeutengesetz und die heilkundliche Qualifikation der PP/KJP werden hier vollständig ignoriert.

Besondere Brisanz erhält das Problem jetzt, nachdem es an den Universitäten keine Rahmen-Prüfungsordnung für Diplom-Psychologen mehr gibt und unter »Psychologen« prinzipiell auch Perso-

nen mit einem Bachelorabschluss verstanden werden könnten. Eine strategisch äußerst wichtige Aufgabe der Psychotherapeutenkammern besteht deshalb darin, die Stellung der PP und KJP als Angehörige akademischer Heilberufe im Bereich der stationären Krankenbehandlung zu definieren und zu festigen.

Auf der 9. Kammerversammlung der OPK im April 2011 wurde deshalb die Errichtung eines Ausschusses für Angelegenheiten der angestellten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten beschlossen. Zunächst wurden Dipl.-Psych. Jürgen Golombek (Heinrich-Heine-Klinik Potsdam/Neu Fahrland), Dr. Thomas Guthke (Universitätsklinikum Leipzig) und Dipl.-Psych. Volker Schmidt (Erziehungsberatungsstelle Arnstadt) in den Ausschuss gewählt.

Die 10. Kammerversammlung wählte zusätzlich Dr. Sabine Gollek (Universitätsklinikum Leipzig), Dipl.-Psych. Antje Klaiberg (Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara, Halle) und Dipl.-Psych. Wolfgang Ritz (Sana-Kliniken Sommerfeld) als Mitglieder in den Ausschuss.

Der Ausschuss nahm im Juni seine Tätigkeit auf, Herr Golombek übernahm den Vorsitz. Ein wichtiges erstes Vorhaben ist es, sowohl Träger und Leitungen der Kliniken als auch die in den Kliniken tätigen Kammermitglieder über unsere berufsständischen Anliegen zu informieren.

Im ersten Schritt wird ein Informationsschreiben an die Leitungen der Krankenhäuser gerichtet, das auf die Fortbildungspflicht für PP und KJP in Krankenhäusern (§ 137 SGB V) hinweist. Der erstmalige Fünfjahreszeitraum beginnt am 1.1.2009, sofern zu diesem Zeitpunkt bereits eine Tätigkeit in einem Krankenhaus bestand, und endet am 31.12.2013. Bis dahin muss der Nachweis von 250 Fortbildungspunkten erbracht werden. Den Ärz-

lichen Direktoren der Krankenhäuser obliegt die Aufgabe, auf die Einhaltung der Fortbildungsverpflichtung zu achten. Ihnen wird angeboten, dass die OPK ebenso wie bei den niedergelassenen Kammermitgliedern das Fortbildungszertifikat ausstellen könnte.

Dem Informationsschreiben legen wir ein Antwortfax bei, in dem die am jeweiligen Krankenhaus tätigen PP/KJP und ein Ansprechpartner für die OPK benannt werden können. Damit soll es zukünftig möglich sein, OPK-Mitglieder gezielter über spezifische Aktivitäten für Angestellte zu informieren. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Erstellung von Stellen- und Tätigkeitsbeschreibungen, womit sich sowohl die OPK als auch der Bundesausschuss »Psychotherapie in Institutionen« bereits seit Jahren beschäftigt haben. Als nächsten Schritt hierzu ist ein Treffen der leitenden Psychotherapeuten der Kliniken im Jahr 2012 geplant. Ziele sind die Vermittlung berufsrechtlicher Informationen und die Etablierung eines Netzwerkes, um Aktivitäten zu initiieren und zu koordinieren.

Wir möchten bereits an dieser Stelle alle in Leitungsfunktionen von Krankenhäusern bzw. Kliniken tätigen PP/KJP bitten, uns ihre Kontaktdaten (Email-Adresse, Telefonnummer und Tätigkeitsbereich) mitzuteilen. Das würde es uns erleichtern, Kontakt herzustellen und auch entsprechende Einladungen zu verschicken (siehe Rückmeldebogen).

Weitere Problembereiche, deren sich der Ausschuss annehmen möchte, sind Fragen der tariflichen Eingruppierung, der PsychPV, des OPS und die stationären Tätigkeiten von Ausbildungsteilnehmer(inn)en. Wir möchten alle interessierten Mitglieder ermuntern, uns Themen und Probleme aus den angestellten Tätigkeitsfeldern mitzuteilen und die Möglichkeit zu nutzen, die berufspolitische Arbeit zu bereichern und zu unterstützen.

Jürgen Golombek, Gregor Peikert

### Neue Mitglieder in den Ausschüssen – Beschluss der Kammerversammlung

Folgende Mitglieder wurden von den Delegierten der 10. Kammerversammlung auf Antrag in die Ausschüsse berufen:

#### Forschungsausschuss

Prof. Dr. Hans-Joachim Hannich Mecklenburg-Vorpommern

Dipl.-Psych. Frank Massow Sachsen

Prof. Dr. Jürgen Hoyer Sachsen

Prof. Dr. Frank Jacobi Sachsen

#### Ausschuss für besondere Belange der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie

Dipl.-Heilpäd. Barbara Breuer-Radbruch Sachsen-Anhalt

#### Ausschuss für Angelegenheiten der angestellten Psychotherapeutinnen / Psychotherapeuten

Dr. Sabine Gollek Sachsen

Dipl.-Psych. Antje Klaiberg Sachsen-Anhalt

Dipl.-Psych. Wolfgang Ritz Brandenburg

### Rückmeldebogen für PP/KJP in Leitungsfunktionen von Krankenhäusern bzw. Kliniken

Bitte kopieren Sie diese Seite und faxen Sie an die OPK unter 0341.46 24 32 19.

Name

Mitgliedsnummer

Einrichtung

Tätigkeitsbereich

E-Mail

Telefon

## »Jungenfachttag« in Magdeburg

### Eine Kooperation von DGfPI, freien Trägern und OPK

Die Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und -vernachlässigung lud ein, und viele kamen. Trotz reichlich kurzfristiger Ankündigungszeit von knapp 8 Wochen meldeten sich über 130 Fachkräfte aus Therapie und Beratung zum Jungenfachttag in Magdeburg an, womit der Tag restlos ausgebucht war. Diese Tagung am 12.10.2011 war der Auftakt für eine bundesweite Veranstaltungsreihe der DGfPI zu Prävention und Therapie von sexuellem Missbrauch an Jungen und wurde vom Minister für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, Norbert Bischoff, mit einem persönlichen Grußwort bedacht. Aufgrund der psychotherapeutischen Relevanz des Themas und seiner Nähe zum Kinderschutz fungierte die OPK als Kooperationspartner und die Veranstaltung wurde vom Vorsitzenden des KJP-Ausschusses, Dr. Wolfgang Pilz, moderiert.

Nach der Eröffnung durch den Präsidenten der DGfPI, Prof. Dr. Feuerhelm, stellte die Bundesbeauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs, die ehemalige Bundesfamilienministerin Dr. Christine Bergmann, ihren Tätigkeitsbericht vor. Der im Internet verfügbare und vielen Kammermitgliedern wohl bereits bekannte Bericht unterstreicht Forderungen, die aus der Psychotherapeuten-schaft bereits seit längerer Zeit zu hören sind: Niedrigschwelligkeit des Hilfefzugangs, Verkürzung von Wartezeiten, Schließung von Versorgungslücken in ländlichen Regionen, Erweiterung der Stundenkontingente für komplex traumatisierte Betroffene, spezifische Fort- oder sogar Weiterbildungen sowie regelmäßige Supervisionen. Es war beeindruckend zu erleben, mit wie viel Energie, Einfühlungsvermögen, Sachkompetenz und Humor sich Frau Bergmann in kürzester Zeit in die schwierige Thematik eingearbeitet hat und Ergebnisse erbracht hat, die auch fachwissenschaftlich Bestand und Bedeutung haben.

Mit hoher wissenschaftlicher Expertise, unterlegt durch reichhaltige eigene praktische Erfahrungen

aus der Arbeit mit Jungen und Männern, stellte Dr. Dirk Bange, Abteilungsleiter in der Hamburger Behörde für Familie, Kindertagesbetreuung und Gleichstellung und Autor des bekannten Handwörterbuchs »Sexueller Missbrauch« die provokative, rhetorische Frage: »Brauchen von sexuellem Missbrauch betroffene Jungen überhaupt Hilfe?« Immerhin zeigen Untersuchungen, dass mindestens 25% der Betroffenen tatsächlich keine offensichtlichen psychischen Symptome entwickeln.

Ausdrücklich warnte Bange vor dem noch immer weit verbreiteten Mythos, aus bestimmten Auffälligkeiten Rückschlüsse auf Missbrauch vornehmen zu können. Aber umgekehrt ist es umso wichtiger, dass den Betroffenen geglaubt wird, was sie berichten. Die These, wonach Therapeuten Missbrauchserlebnisse suggerieren würden, sei nur in einigen wenigen, sehr umstrittenen amerikanischen Untersuchungen verfolgt worden und letztlich nicht verifiziert. Sexuell missbrauchte Jungen erhalten zu wenig Hilfe, weil die Selbststigmatisierung als »Opfer« dem gesellschaftlichen Männerbild diametral widerspricht.

Dr. Peter Mosser, der seit 15 Jahren in der auf das Thema spezialisierten Beratungsstelle kibs in München tätig ist und diese Tätigkeit mit dem in Fachkreisen stark beachteten Buch »Wege aus dem Dunkelfeld« auch theoretisch unterlegt hat, vermochte durch akribische grafische Unterlegung seines Vortrages, den idealtypischen Verlauf der Beratung oder Betreuung eines von sexuellem Missbrauch betroffenen Jungen einprägsam zu vermitteln. Er plädierte überzeugend für aufsuchende Beratungstätigkeit, die sich von diskontinuierlichen Verläufen nicht entmutigen lassen dürfe. Die Zielgruppe werde aufgrund der bereits erwähnten hohen Schambesetzung des Themas nur durch spezialisierte Angebote erreicht werden, und spreche gerade nicht plakativ auf Telefonnummernaufklebern in Jungstoiletten an. Hier wurde im Vergleich mit Mossers täglicher Arbeit deutlich, dass die Richtlinienpsychotherapie eines niedergelassenen Psychotherapeuten organisatorische und abrechnungstechnische Grenzen hat, die wohl oft

verhindern, dass Betroffene zu passender psychotherapeutischer Hilfe kommen.

War der Jungenfachttag bis zu diesem Zeitpunkt vor allem aus fachwissenschaftlicher und theoretischer Sicht bereits bereichernd, so erfolgte durch das Ein-Mann-Theaterstück *Ich werde es sagen* der theaterpädagogischen Werkstatt Osnabrück am frühen Nachmittag die für jede tiefgehende Einsicht so wichtige emotionale Aktivierung der Anwesenden. Reinhard Gesse stellte den dokumentarischen Bericht des Dänen Kristian Ditlev Jensen, der als Junge multipel sexuell missbraucht worden war und dies 20 Jahre später autobiografisch niedergelegt hat, aufrüttelnd und unter die Haut gehend dar.



Reinhard Gesse,  
Theaterpädagogische  
Werkstatt  
Osnabrück

Am weiteren Nachmittag erfolgte die thematische Vertiefung in Kleingruppenworkshops. Die Ergebnisse der Tagung werden auf der Homepage der DGfPI veröffentlicht. Abzuwarten bleibt, ob eine der zahlreich anwesenden Beraterinnen und Therapeutinnen den Impuls zur Errichtung eines spezialisierten Angebots in der sachsen-anhaltischen Landeshauptstadt aufgreifen wird. Ein erster Schritt in Richtung weiterer Sensibilisierung der Öffentlichkeit und fachlicher Vernetzung soll die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft »Sexueller Missbrauch an Kindern und Jugendlichen« sein – die Anwesenden wurden zur Mitarbeit eingeladen und die ortsansässige psychotherapeutische Ambulanz des MAPP stellt Termin, Raum und fachlichen Rat zur Verfügung.

Dr. phil. Wolfgang Pilz  
KJP | Ausbildungsleiter MAPP  
Klausenerstraße 15 | 39112 Magdeburg

## Psychotherapie — Aktuelle Meldung zum Erwerb der Fortbildungsqualifikationen

Sehr geehrte Mitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns über das große Interesse, das an dem Erwerb der Fortbildungsqualifikationen »Psychotherapie OPK« und »Psychotherapie Kinder und Jugendliche OPK« besteht. Die Vielzahl der eingehenden Anträge macht es der ehrenamtlichen Fachkommission leider unmöglich, die Anträge in vertretbarer Zeit zu bearbeiten. Um Ihnen nicht eine allzu lange Wartezeit

bis zur Bearbeitung Ihres Antrags zumuten zu müssen, oder alternativ die Antragstellung kostenpflichtig zu gestalten, sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen: Bitte unterstützen Sie uns darin, den anfallenden Aufwand für die Fachkommission möglichst gering zu halten, indem Sie die mit Ihrem Antrag eingereichten Fortbildungsnachweise vorsortieren. Die bereits eingereichten Anträge und Unterlagen werden in den nächsten Tagen an Sie

zurückgeschickt – gemeinsam mit einem Formular, daß Ihnen die Vorsortierung der Anträge erleichtern soll. Eine Anleitung dazu, wie die Anträge sortiert werden sollen, wird ebenfalls beiliegen. Bitte reichen Sie Ihren Antrag dann erneut ein. So wird eine zügige Bearbeitung der Anträge möglich.

Für Rückfragen steht Ihnen die Geschäftsstelle der OPK gerne zur Verfügung.

## 6. Ball der Psychotherapeuten in Halle (Saale)

Der Arbeitskreis niedergelassener Psychotherapeuten Sachsen-Anhalt e.V. begeht in diesem Jahr sein 20-jähriges Jubiläum. Diesen besonderen Jahrestag werden wir auf unserem 6. Ball der Psychotherapeuten feiern.

Dazu laden wir Sie herzlich am

**2. Dezember 2011 um 19 Uhr**

in das  
**RAMADA Hotel Leipzig Halle,  
Zöberitzer Straße 1, 06188 Halle/Peissen**

ein.

Ein beschwingter Abend mit Livemusik, kulinarische Köstlichkeiten und einige Überraschungen werden den Ball zu einem unvergesslichen Höhepunkt machen.

Wir hoffen auf zahlreiche Gäste und bitte um Ihre Anmeldungen bis zum 20. Oktober 2011. Auf Wunsch können unsere Ballgäste einen Shuttle-Service von Halle zum RAMADA Hotel und zurück (Hinfahrt: 18 Uhr, Rückfahrt zirka 24 Uhr) nutzen.

Eine Karte kostet **75 EURO**.

Nutzen Sie folgende Bankverbindung, um das Geld bis zum 20. November 2011 einzuzahlen:

Bank: DBK Halle

Bankleitzahl: 120 300 00

Kontonummer: 10 20 00 50 94.

Als Verwendungszweck geben Sie an:

Ball 2011, Name, Telefonnummer, Kartenanzahl.

Mit der Überweisung sind Sie als Gast angemeldet.

Sollten Sie noch Fragen oder Ideen haben, stehen Ihnen

**Birgit Rogahn, Telefon 0345 5221468**

oder

**Andrea Metzke, Telefon 0345 3881076**

gerne persönlich zur Verfügung.



## Neue Mitarbeiterin für die Geschäftsstelle der OPK

Am 1. August 2011 habe ich meine Arbeit als Fachreferentin Recht in der Geschäftsstelle in Leipzig aufgenommen. In dieser Funktion werde ich die OPK insbesondere in rechtlichen Belangen unterstützen. Ziel ist es dabei, rechtliche Anfragen von Mitgliedern, Geschäftsführung und dem Vorstand bestmöglich zu beantworten, an Entscheidungsvorlagen mitzuwirken und gesundheitspolitische Themen mit zu diskutieren. Im Jahr 2009 habe ich meine Ausbildung zur Volljuristin mit der Absolvierung des 2. Juristischen Staatsexamens erfolgreich abschließen können. Meinen beruflichen Einstieg fand ich in der Bundesagentur für Arbeit. In den vergangenen beiden Jahren arbeitete ich als Sachbearbeiterin SGB II / SGG in der Wider-

spruchsstelle des Jobcenters im Saale-Orla-Kreis und befasste mich vertieft mit sozialrechtlichen Themen rund um das Thema Arbeitslosengeld II.

Ich wurde 1981 in Gera geboren, wo ich auch heute noch zusammen mit meinem Mann und unserem gemeinsamen 4-jährigen Sohn wohne.

Ich freue mich auf die neuen Herausforderungen und Tätigkeiten bei der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer und hoffe, Ihnen in Zukunft eine kompetente und offene Ansprechpartnerin sein zu können.

Ihre Ina Roßmann



ass.iur.  
Ina Roßmann  
Fachreferentin  
Recht

### Danksagung – Verabschiedung des langjährigen Rechtsberaters der OPK

Wir danken Herrn Rechtsanwalt Jan H. L. Immen für seine wertvolle Arbeit im Rahmen seiner Tätigkeit als Rechtsberater sowie seine maßgebliche Hilfe in der Aufbauphase der OPK. Er hat die OPK in den letzten

fünf Jahren mit seinem umfassenden juristischen Fachwissen im Bereich der Psychotherapie hervorragend beraten und nach außen vertreten. Wir bedauern sein Ausscheiden aus dieser Tätigkeit sehr und

wünschen ihm weiterhin viel Erfolg. Herr Immen wird sich zukünftig verstärkt der Arbeit in seiner Kanzlei in Dresden widmen.

### VERANSTALTUNGEN

07.12.2011	Praxisseminar Fallbesprechung Strafrecht, Geschäftsstelle OPK
14.12.2011	Praxisseminar Fallbesprechung Familienrecht, Geschäftsstelle OPK
24.01.2012 – 27.01.2012	Spezialisierungsmodul B2 Glaubhaftigkeit und Zeugenaussage, Schloss Machern
07.05.2012 – 11.05.2012	Grundlagenmodul »Rechtliche Grundlagen der Sachverständigentätigkeit«, Kloster Nimbschen
04.06.2012 – 07.06.2012	Spezialisierungsmodul B3 Familienrecht, Schloss Machern

Informationen zu allen Veranstaltungen finden Sie auf unserer **Homepage** und unter 0341. 4 62 43 20.

### Impressum Geschäftsstelle

OPK aktuell  
Mitteilungen der Ostdeutschen  
Psychotherapeutenkammer

Herausgeber:  
Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer  
Körperschaft des öffentlichen Rechts  
Kickerlingsberg 16, 04105 Leipzig

Verantwortliche: Angelika Wendt  
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Gestaltung: Sehsam.de

Für Mitglieder der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

### Kontakt

Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer  
Kickerlingsberg 16, 04105 Leipzig

Telefon: 0341. 4 62 43 20  
Fax: 0341. 4 62 43 219  
Mail: info@opk-info.de  
Homepage: www.opk-info.de

### Geschäftszeiten:

Montag, Dienstag, Donnerstag 9 – 16 Uhr  
Mittwoch 14 – 17 Uhr  
Freitag 9 – 12 Uhr  
an den Weihnachtsfeiertagen:  
27.12. – 30.12. 2011 von 09 – 12 Uhr

### TERMINE

#### Vorstandssprechstunde:

Die Vorstandsmitglieder stehen Ihnen für Ihre Fragen in wöchentlichem Wechsel jeden Mittwoch von 11 – 13 Uhr (außer 28.12./entfällt) telefonisch unter 0341. 46 24 32 15 zur Verfügung.